SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/4 Bonn, den 7. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	Stunde der Wahrheit Erhards Reise nach Paris Von Günter Markscheffel	67
2	Anhaltender Wirrwarr Entwicklungshilfe, wie sie nicht sein soll	37
3	"Sozialdemokratisches Uebergewicht unerwünscht" CSU-München sucht "Opfer" als OB-Kandidat	53
4 - 5	Zehn Jahre Sennestadt Eine junge Stadt verschafft sich Gehör Von Erhard Eisner	98
6	Das "Internationale Handelszentrum" des GATT funktioniert In aller Stille wurde gute Arbeit geleistet Von Pierre Simonitsch, Genf	46

* * *

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach
Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8 886 890
Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Stunde der Wahrheit

Erhards Reise nach Paris

Von Günter Markscheffel

Am 19. und 20. Januar wird Bundeskanzler Erhard in Paris sein, um dort zu versuchen, das seit vielen Monaten leider recht angeschlagene Verhältnis zwischen der französischen und der deutschen Regierung zu verbessern. Das ist ein gutes Vorhaben, zu dessen Gelingen wir dem Bundeskanzler vollen Erfolg wünschen.

Wir setzen den Akzent hierbei auf die Formulierung "zwischen der deutschen und französischen R e g i e r u n g", denn falsch ist die seit einigen Wochen oft auch in der französischen und deutschen Presse publizierte Behauptung, das Verhältnis zwischen dem deutschen und französischen V o l k habe sich zusehends verschlechtert.

Gegen diese, eine kollektivistische Denkweise verratende Formulierung sprechen alle Tatsachen. Im deutschen und im französischen Volk, besonders aber in der Jugend beider Völker, ist das europäische Bewußtsein so stark, daß es weder von den Fehlern und Unterlassungen einer deutschen noch einer französischen Regierung gestört werden könnte.

Was zu den Mißverständnissen und sogar Spannungen zwischen Paris und Bonn geführt hat, ist das systematische Ausweichen vor der offenen und freundschaftlichen Diskussion über Probleme, deren Lösungsmöglichkeiten unterschiedlich betrachtet werden. Dies zu klären, sollte eine der Hauptaufgaben des Bundeskanzlers bei seinem nächsten Aufenthalt in Paris sein.

Die Liste der Mißverständnisse und Meinungsverschiedenheiten ist gar nicht so lang. E i n Punkt auf dieser Liste ist jedoch wichtig genug, um seiner Besprechung mehr Zeit zu widmen, als nach dem bisher bekanntgewordenen Besuchsprogramm vorgesehen zu sein scheint. Es geht hier um die unterschiedliche Auslegung der vom Bundestag einstimmig gebilligten Präambel zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag.

Bundestag und Bundesregierung verpflichteten sich laut Präambel zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, durch diesen Vertrag die von der Bundesrepublik eingegangenen a n d e r e n internationalen Verpflichtungen nicht zu hemmen oder gar zu blockieren. Auf französischer Seite hat man seinerseit erklärt, Paris interessiere sich nur für das Vertragswerk selbst; was in der Präambel stehe, sei "uninteressant".

D i e s e unterschiedliche Beurteilung des deutsch-französischen Vertrages kennt man diesseits und jenseits des Rheins seit seiner Ratifizierung. Während man sich nun in Paris strikt an den Vertragstext hält, hat das offizielle Bonn stets so getan, als wüßte es nicht, daß die offizielle französische und n u r vom Staatspräsidenten de Gaulle gelenkte Politik sich mit präsidentieller Souveränität über die vom Bundestag einstimmig deklarierte Interpretation des Vertragswerkes hinwegsetzt.

Aus dieser unterschiedlichen Bewertung des Elysée-Vertrages ergeben sich die meisten Mißhelligkeiten, die zwischen Paris und Bonn seit gut einem Jahr zu beobachten sind. An erster Stelle steht der Wunsch des Generalpräsidenten de Gaulle, eine von den Vereinigten Staaten u n a b h ä n g i g e Europapolitik zu entwickeln, ein Wunsch, der das Gegenteil dessen ist, was in der Präambel zum deutsch-französischen Vertrag zum Ausdruck gebracht wird.

Wer so tut, als existiere dieser Gegensatz in der Bewertung des Vertrages nicht, wird bei dem möglichen Versuch, das deutsch-französische Verhältnis wieder besser zu gestalten, Schiffbruch erleiden. Deshalb sollte sich der Bundeskanzler für seine Pariser Reise gewissenhaft und in erster Linie auf die Klärung dieser unterschiedlichen Auslegung des Elysée-Vertrages konzentrieren. In Paris wird man wohl kaum über diesen

Problemkreis sprechen wollen. Trotzdem sollte der Bundeskanzler es versuchen, um bei dieser Gelegenheit vielleicht endlich auch einmal zu erfahren, wie der frühere Bundeskanzler Adenauer gegenüber seinem Freund de Gaulle den Elysée-Vertrag interpretiert hat. De Gaulle schätzt die Offenheit und weiß Realitäten zu respektieren; auch die Realität eines einstimmig gefaßten Bundestagsbeschlusses, der für ihn heute sicher mehr wert ist als mündliche Zusagen, die ihm möglicherweise der Vorgänger Erhards gemacht hat.

Erhards Parisbesuch könnte so - wir hoffen es - zu einer Stunde der Wahrheit werden.

+ + +

Anhaltender Wirrwarr

Entwicklungshilfe, wie sie nicht sein soll

ler - Eine Preisfrage: wer ist eigentlich zuständig für die Gewährung von Hilfen an Entwicklungsländern, wer sorgt für deren Durchführung, wer bestimmt und entscheidet über die Höhe der Mittel und deren Verwendungszweck? Wir haben zwar ein Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sein Chef, Bundesminister Scheel, ist jedoch in seinen Kompetenzen stark eingeschränkt. Er muß sich vieles Hineinreden gefallen lassen. Hier gilt das Wort von den zu vielen Köchen, die den Brei verderben. Wenn Scheel in seiner Eigenschaft als Bundesminister eine Auslandsreise unternimmt, um den gegenwärtigen Stand der deutschen Entwicklungshilfe in den verschiedenen Ländern zu untersuchen oder die Möglichkeit neuer Vorhaben durch persönlichen Augenschein überprüft, dann begleitet ihn ein Schwarm von Angehörigen anderer Ministerien als Aufpasser. Das Gebiet der Entwicklungshilfe findet zu viele Beackerer. Oft weiß ein Ministerium nicht, was ein anderes vor hat, plant oder schon an Zusagen gegeben hat. Wer heute alles an Entwicklungshilfe gewährt, in ihr tätig ist, und welche Apparaturen er dafür beansprucht, bleibt ein undurchdringlicher Dschungel. Oft liegen zwischen in Geberlaune gewährten Zusagen und Zahlungen Zeiträume bis zu fünf Jahren - ein Verfahren, bestimmt nicht geeignet, das deutsche Ansehen in diesen Ländern zu vermehren. Das erinnert an den reichen Mann, der viel verspricht, aber dann recht knauserig sein kann. Daß dieser Eindruck vom reichen Mann überhaupt entstehen konnte, liegt eben im Auftreten mancher deutscher Unterhändler begründet. Den Entwicklungsländern wird es dann schwer gemacht, zu begreifen, daß auch die Bundesrepublik mit den Steuergeldern ihrer Bürger sparsam umgehen muß und bei den wachsenden Anforderungen nach innen und aussen nicht immer aus dem Vollen schöpfen kann.

Solange nicht eine klare Kompetenzabgrenzung erfolgt, dürfte es wohl bei diesem betrüblichen Wirrwarr bleiben. Erhard ist nicht der Mann, ihn mit starker Hand zu beenden...

Leidig bleibt das Kapitel der Bewährung von Militärhilfen an afrikanische Staaten. Hier scheint es oft an politischer Weitsicht und Fingerspitzengefühl zu fehlen, wie das Beispiel Sudan beweist. Die Sympathien der neuen sudanesischen Regierung gelten den Rebellen im Kongo, nach dem Sudan gelieferte deutsche Waffen finden nun im kongolesischen Bürgerkrieg eine Verwendung, an die die Geber bestimmt nicht gedacht haben. Hier ist in Zukunft äusserste Vorsicht geboten.

+ + +

"Sozialdemokratisches Übergewicht unerwünscht"

CSU-München sucht "Opfer" als OB-Kandidat

Rw - Diese lapidare Feststellung war das Ergebnis höchst offizieller Besprechungen zwischen CSU und Vertretern der Bayernpartei im Münchner Rathaus. Wohlgemerkt, diese Feststellung ist nicht das Ergebnis einer plötzlichen Eingebung. Sie entspringt dem zunehmenden Unbehagen der Christlich-Sozialen Union der bayerischen Landeshauptstadt, wenn sie an die kommenden Gemeinde- und Bürgermeisterwahlen im Lande Bayern denkt. Obwohl eigentlich die Bundestagswahlen im September vordringlich erscheinen können, so kommen doch die Kommunalwahlen im März 1966 in so rascher Folge danach, daß eine gewiße taktische Ausrichtung und die Klärung schwieriger Fragen jetzt schon vorgenommen werden. Man ist sich in der CSU in München natürlich klar darüber, daß keine Aussicht besteht, der SPD die Mehrheit im Rathaus streitig zu machen und noch weniger, einen Oberbürgermeisterkandidaten zu finden, der in der Lage wäre, dem populären, sozialdemokratischen Oberbürgermeister Parole zu bieten.

In Bayern werden die ersten Bürgermeister direkt von der Bürgerschaft gewählt. Schon 1961, als Dr. Hans Jochen Vogel, damals 34 Jahre und berufsmäßiger Stadtrat für das Rechtsreferat, ein neuer Kandidat war, gelang es ihm, über sechzig Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen und nicht weniger als drei Gegenkandidaten aus dem Felde zu schlagen. Niemand in München zweifelt an der Wiederwahl Dr. Vogels. Und hier beginnt natürlich für die CSU das Dilemma, das zu den Gesprächen mit dem kleinen Fähnlein der "Urbayern" im Rathaus führte. Aus Gründen des Prestiges müßte man, möchte man einen Oberbürgermeisterkandidaten aufstellen. Aber wer soll sich, wie die Münchner Presse es schon seit geraumer Zeit erörterte, der undankbaren Aufgabe unterziehen, Gegenkandidat ohne jegliche ernste Aussicht zu spielen? Man berät darüber seit vielen Monaten. Vermutlich bleibt nur eine Lösung: der zweite Bürgermeister Brauchle von der CSU muß zum Opfergang antreten, nicht sonderlich gerne, denn er wird alles vermeiden, was ihm nach der Wahl die Möglichkeit verbaut, wieder zweiter Bürgermeister zu werden. Das kann er aber nur, wenn die SPD einverstanden ist, denn der zweite und der dritte Bürgermeister werden vom Stadtrat gewählt. Dennoch sollte er trotz gedämpfter Trommel Klang einigermaßen gut abschneiden.

Und so beschritt die im bayerischen Landtag allmächtige CSU im Münchner Rathaus den etwas steinigen Weg einer antisozialdemokratischen Einheitsfront. Man will verhindern, daß es mehr als zwei Oberbürgermeister-Kandidaten gibt. Es gibt aber noch mehr Gruppen und Gruppchen im Münchner Rathaus. Insbesondere die Haus- und Grundbesitzer habe eine Art eigenen Verein unter der neutralen Flagge "Münchner Block", deren rührigster Vertreter Dr. Ludwig Schmidt schon viel Lärm im Stadtparlament verursachte. Ob hier eine Einigung etwa hinsichtlich der Stadtratskandidaten denkbar ist, mag bezweifelt werden, wenn auch diesen Verein das "sozialdemokratische Übergewicht" genau so unerwünscht erscheint wie der CSU.

Die einst im Landtag und im Münchner Rathaus nicht unbedeutende Bayernpartei aber wird auf diesem Wege weiterhin und vielleicht endgültig aus dem Gesichtsfeld der politischen Entscheidung bei Wahlen verschwinden. Das "unerwünschte sozialdemokratische Übergewicht" wird zweifellos im Münchner Rathaus weiterbestehen. Wenn es der CSU auch mißfällt, den Münchner Bürgern scheint es durchaus erwünscht zu sein.

\+ + +

Zehn Jahre Sennestadt

Eine junge Stadt verschafft sich Gehör

Von Erhard Elsner

An der Wiege standen Optimisten und Zweifler. Es fehlte nicht an Bedenken. Eine neue Stadt in der Senne? Das klang wie eine Herausforderung. "Utopie ...", winkten die einen ab. Andere überlegten. Und doch: Die festumrissenen Vorstellungen der Planer vermochten nur wenige zu überzeugen. Vergeblich suchte das Auge zwischen mageren Kiefern auf dem sandigen Boden nach einem ordnenden Halt. Begehrenswerte Baugrundstücke reihten sich nicht auf die weltvergessene Ecke am Südhang des Teutoburger Waldes. Nur sollte hier gleich eine ganze Stadt entstehen?

Die Geburtsstunde schlägt

Als vor zehn Jahren das Projekt "Sennestadt" auf dem Papier konkrete Formen annahm und wenig später die ersten Bulldozer der staubigen Sennesand beiseite schoben, vermochte kaum ein Bewohner der kleinen ostwestfälischen Gemeinde Senne II dem Gedanken folgen, daß in diesem Augenblick in der Geschichte der Bundesrepublik ein einmaliges städtebauliches Experiment begann. Die Geburtsstunde der Sennestadt hatte geschlagen. Experten am grünen Tisch sprachen von einem Modellfall. Nicht geringschätzig - aber mit vielfältigen Vorbehalten ...

Durch die breiten Scheiben des "Teehauses" fällt das bleiche Licht der Spätherbstsonne auf das großflächige Modell der Sennestadt. Die Besucher mustern abwägend die winzigen Häuserzeilen aus Papiermaché, über denen der Zeigestock des Vortragenden kreist. Im Telegrammstil schildert er die junge und doch bewegte Geschichte der neuen Stadt im Grünen.

Ursprüngliche Bedenken widerlegt

Hinter dem Wunsch, das 360 Hektar große Aufbaugebiet in eine zukunftsgerechte Stadt zu verwandeln, tauchte drängend eine bittere Nachkriegserscheinung auf, die bis auf den heutigen Tag in vielen Städten und Gemeinden noch nicht der Vergangenheit angehört: die Wohnungsnot. Dieses Argument ließ sich nicht widerlegen, wo immer die Sennestadt in Vorbesprechungen zur Debatte stand.

Die Gemeinde Senne II zählte 1948 nur 380 Häuser. Darin lebten 3 842 Menschen. Zwei Jahre später regte Bundespräsident Dr. h.c. Heinrich Lübke, damals Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, im Landtag an, für neue Siedlungen minderwertige Böden zu wählen.

"Möchten Sie hier wohnen?" erkundigt sich eine Besucherin bei ihrer Begleiterin, die beifällig mit dem unbestechlichen Blick einer erfahrenen Hausfrau die Fassaden der Häuser und die gepflegten, für den Winter vorbereiteten Vorgärten mustert. Diese Frage stellten sich die Erbauer der Sennestadt schon, ehe die erste Betonmischmaschine für die "umstrittene Stadt" anlief. Umstritten deshalb, weil mit Bedenken nicht gespart wurde. "Sie sind heute durch die Entwicklung widerlegt", anerkannte später der inzwischen verstorbene Landrat Erich Deppermann.

Eigenheim und Mietwohnung

Was schwebte den Erbauern dieser Stadt eigentlich vor? Sie wollten sicherlich keine triste Aneinanderreihung von Wohnbauten. Gewiß, mit solchen Vorstellungen wären sie den Förderungsbestimmungen der Wohnungs-

baupolitik der Bundesregierung am nächsten gekommen. Aber die Sennestadt sollte nicht das Schicksal einer isolierten Großsiedlung teilen. Vielmehr muß sie auch in den kommenden Generationen als organisch geformtes Kompositum bestehen mit einer architektonischen Anordnung, in der sich ihre Bewohner wohl fühlen können. An lichtlosen, unfreundlichen Hinterhöfen und längst von den Erfordernissen der Zeit überrundeten Wohnungen mangelt es nicht. Städte herkömmlicher Prägung schätzen sich glücklich, könnten sie diesen Ballast einfach abstreifen.

Die Gefahr des Rückfalles in eben diese unüberlegte Verstrickung von Wohnsilos und die Chance, etwas völlig Neues zu praktizieren, hielten sich die Waage. Inzwischen wohnen 17 000 Menschen in der Gemeinde Senne II. Die Familien in den 4 000 Wohnungen der Sennestadt haben sicherlich nicht das Gefühl, ihr neues Zuhause, gleich, ob Eigentum oder Mietwohnung, als notwendiges Übel hinnehmen zu müssen. Neben den reinen Wohnbauten vereinen sich Schulen, Sportstätten, Kirchen und Geschäfts- sowie Industrieniederlassungen der verschiedensten Branchen zu jenem Namen, der als "Sennestadt" in so kurzer Zeit im In- und Ausland ungeteilte Anerkennung fand.

Über die breiten Straßen rollt kreuzungsfrei der Fahrzeugverkehr. Auf den geräumig ausgebauten Bürgersteigen promenieren "Einheimische" und Gäste. Ein Rundgang lohnt. Scheinbar zufällig bilden die unterschiedlichsten Bautypen einen eigenwilligen Reigen. Zeilen einladender Reihenhäuser lockern neben sinnvoll angeordneten mehrstöckigen Bauten die weiten Grünanlagen auf. Nichts wurde dem Zufall überlassen.

Es gab keine Grundstücksspekulationen

Für das gesamte Projekt wurde die "Sennestadt GmbH" gegründet. Nicht ohne Grund. Sie kaufte das gesamte Baugelände auf. Damit wurde wilden und unschwer vorausschaubaren Grundstücksspekulationen ein Riegel vorgeschoben. Der Landkreis Bielefeld griff tief in die Tasche. 8,3 Millionen DM Kredit gab er an die "Sennestadt GmbH" weiter und bürgte dafür. Bauinteressenten wurden baureife Grundstücke angeboten. Der Erlös diente zur Tilgung der Schulden.

Sechs Jahre nach dem Tag, als die erste Neubauwohnung bezogen werden konnte, sprechen eindrucksvolle Zahlen für sich: 20 km Straßen wurden in das weite Areal der Stadt gebettet. Umsäumt werden sie von 18 km Fußgängerwegen. Unter der Erde verschwanden 26 km Wasserleitungsrohre. Die Kanalisation bildet ein unsichtbares Netz von rund 50 km. Niemand vermag heute mehr zu erkennen, daß jeder Zentimeter rote Zahlen auf dem ohnehin überzogenen Konto bedeutete.

Beispiel moderner Städtplanung

Noch gibt es manches zu tun, ehe die Stadt die Vorstellungen der Planer völlig erfüllt. Die SPD-Fraktion im Rat ist gewillt, dieses Ziel konsequent anzusteuern: eine Stadt für 22 000 bis 25 000 Bewohner. Gründliche kommunalpolitische Arbeit, wie sie hier geleistet wurde, teilt sich dem flüchtigen Betrachter nicht mit. Nur wer sich die Zeit nimmt, unvoreingenommen die Sennestadt zu erforschen, gewinnt manchen nachhaltigen Eindruck. Nicht umsonst suchen Delegationen aus aller Herren Ländern diese junge Stadt auf. Von einem Modellfall sprach man vor knapp zehn Jahren. Daß es ein Musterbeispiel wurde, geht über den Rahmen der seinerzeit gefaßten Absicht hinaus ...

Viele "Unentwegte" haben das heute allgemein bewunderte Werk zustande gebracht. Zu ihnen gehört der bereits erwähnte verstorbene Landrat Erich D e p p e r m a n n, sowie der stets als rastloser Motor wirkende Landtagsabgeordnete und Verleger der "Bielefelder Freien Presse", Emil G r o s s.

\+ + +

Das "Internationale Handelszentrum" des GATT funktioniert

In aller Stille wurde gute Arbeit geleistet

Von Pierre Simonitsch, Genf

Anfang 1964, als sich die Abhaltung der keineswegs von allen Industriestaaten gewünschten UNO-Welthandelskonferenz unumgänglich erwies, gab das GATT-Sekretariat in Genf die Schaffung einer neuen Abteilung bekannt, die als wahres "Clearing-House" des internationalen Handels besonders den enttäuschten Entwicklungsländern mit Rat und Tat beistehen sollte. Der Hintergedanke war offensichtlich: das Informationszentrum würde die mit der Ordnung des Welthandels unzufriedenen Staaten der "Dritten Welt" in das bereits eingespielte Gefüge des GATT hineinziehen und sie von der Gründung einer neuen Organisation abhalten.

Die Inbetriebnahme des Zentrums war etwas überstürzt für den 1. Mai angekündigt worden. Tatsache ist, daß es um dieses Datum herum in der Angelegenheit wieder still geworden war und daß das psychologische Gegengewicht zur Monsterkonferenz der Vereinten Nationen ausblieb. Dieser Tage erfuhren nun die Pressevertreter, daß jenes bereits totgeglaubte "Internationale Handelszentrum" in aller Bescheidenheit zu arbeiten begonnen hatte. Ein Drei-Mann-Betrieb unter der Leitung des Amerikaners H. L. Jacobson, dem eine Anzahl Sekretariatsangestellte und Übersetzer aus dem Sitz des GATT zur Verfügung stehen, beschäftigt sich seit Oktober mit einem Programm in sechs Punkten:

1) Schaffung eines Dokumentationszentrums.
2) Beantwortung eingegangener Anfragen durch einen Korrespondenzdienst.
3) Publikation eines Quellenverzeichnisses kommerzieller Informationen, das in erster Linie den Entwicklungsländern behilflich sein soll.
4) Herausgabe eines regelmässigen Bulletins.
5) Ausarbeitung eines Handbuchs über die Möglichkeiten von Exportsteigerungen unter Mitwirkung der nationalen Stellen.
6) Aufstellung eines Schulungsprogramms zum Studium von Exportsteigerungsmethoden.

Im Dezember 1964 erschien die erste Nummer des Bulletins unter dem Titel "Forum", die eine Reihe interessanter Hinweise auf neue Exportmärkte liefert. Bisher haben 13 Staaten, darunter drei Nichtmitglieder des GATT, im neuen Handelszentrum Analysen über eventuelle Absatzgebiete für bestimmte Güter ausarbeiten lassen. Das Zentrum beantwortet die Anfragen betreffend Preisniveau, Steuern, Zölle, Frachtspesen, Wirtschaftspolitik der Regierungen und Aufnahmefähigkeit der visierten Märkte völlig kostenlos.

Die Schaffung des Internationalen Handelszentrums entspricht ohne Zweifel einer Notwendigkeit. Sollte seine Tätigkeit von Erfolg gekrönt sein, so könnte es bereits in naher Zukunft als Bindeglied zwischen dem im vergangenen Sommer beschlossenen Welthandels- und Entwicklungsorgan der Vereinten Nationen, um dessen endgültigen Standort gerade jetzt heftig gestritten wird, und dem GATT wirken. Denn auch eine noch so mächtige neue Organisation wird sich in Sachen Welthandel noch einige Zeit auf das umfangreiche statistische Material des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens stützen müssen.

\+ + +